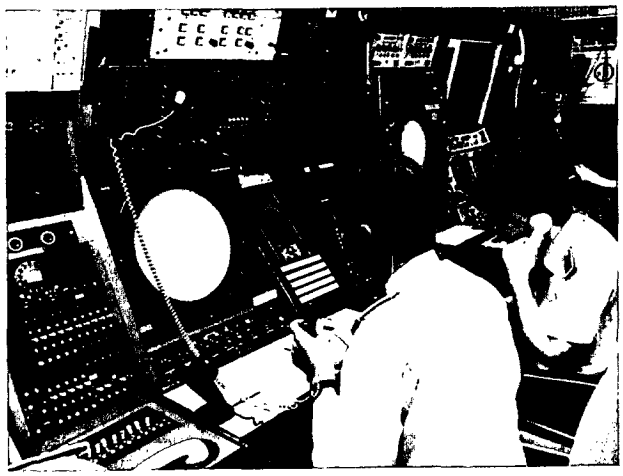
Soldaten im Tower?

Im Zuge der Privatisierung der deutschen Flugsicherung will die Bundesregierung jetzt neue Vorrechte für die Bundeswehr durchsetzen. Mit einer Ergänzung des Paragraphen 30 des Gesetzentwurfs möchte Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg erreichen, daß militärische Fluglotsen künftig in die Leitstellen der zivilen Flugsicherung einziehen und dort gleichberechtigt den militärischen Luftverkehr abwickeln. Dies hätte zur Folge, daß der Luftraum für die Zivilluftfahrt weiter beschnitten wird. Der Chef des Fluglotsenverbandes, Ralph Riedle, hält das Vorhaben „angesichts der weltweiten militärischen Entspannung" für „völlig verrückt". Der FDP-Verkehrspolitiker Ekkehard Gries kündigte an, die Parlamentarier würden den Wunsch der Bundesregierung zunächst „einfach ignorieren".



Bundeswehr-Fluglotsen in Wittmund

Kohl contra Dregger

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Vorsitzenden der Unionsfraktion, Alfred Dregger, zurückgepfiffen. Im Vorstand hatte Dregger heftige Kritik an dem Vorschlag von Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth für eine gemeinsame Erklärung der beiden deutschen Staaten über die Anerkennung der polnischen Westgrenze geübt. Dregger: „Das schadet dem Kanzler." Frau Süssmuth wehrte sich mit dem Argument, eine solche Idee könne nicht schädlich sein, „wenn selbst im Kanzleramt darüber nachgedacht wird". Nach diesem Streit setzte Kohl den Fraktionsvorsitzenden ins Bild über seine eigenen Anerkennungspläne (SPIEGEL 2/1990), die er vorletzte Woche in einer Pressekonferenz noch abgestritten hatte. In Paris nahm der Kanzler dann in einer überraschend eindeutigen Rede, die weit über seine bisherigen Erklärungen hinausging, Süssmuth-Formulierungen auf: Die Polen, so der Bundeskanzler, müßten „die Gewißheit haben, in sicheren Grenzen zu leben". Im Koalitionsgespräch brachten die Freidemokraten dann auch noch den Süssmuth-Vorschlag einer deutsch-deutschen Erklärung als eigene Initiative ein – mit einer Variante: Zusätzlich zur Grenzanerkennung sollen DDR und Bundesrepublik auch ein gemeinsames Bekenntnis zur Wiedervereinigung ablegen. In der Fraktion zeigte sich, daß Dregger die Lektion gelernt hat: Eine erneute Debatte würgte er ab. „Die Linie ist klar", so ein Teilnehmer, „die heißt: Laßt den Quatsch."

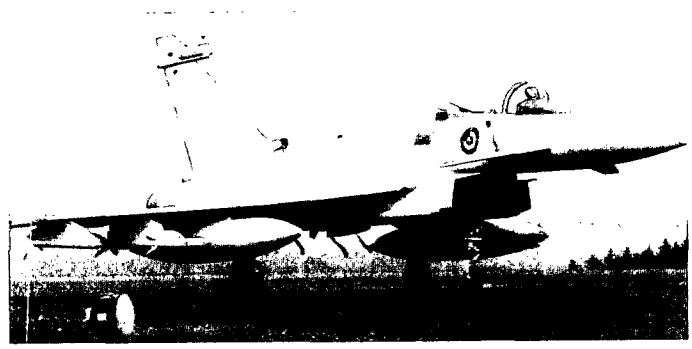
Luftkreuz Berlin

Die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR haben Gespräche über den Ausbau Berlins zu einem neuen Luftkreuz Europas aufgenommen. Ein Großflugplatz soll – so der Vorschlag des Ost-Berliner Verkehrsministers Heinrich Scholz – südlich von Berlin bei Königs-Wusterhausen entstehen. Der Ost-Berliner Flughafen Schönefeld soll weiterbetrieben, der West-Berliner Flughafen Tegel könnte dann wegen seiner ungünstigen Lage inmitten von Wohngebieten geschlossen werden. Die Planungsphase, die bald nach den DDR-Wahlen am 6. Mai beginnen soll, wird auf fünf Jahre, die Bauphase auf weitere fünf Jahre veranschlagt. Welchen Kostenanteil die Bundesregierung bei dem Projekt übernimmt, ist noch ungeklärt.

Jäger 90: Absturz vor dem Start

Die Liberalen setzen im Wahljahr 1990 auf Abrüstung – und bringen mit der Forderung nach einem Verzicht auf den Jäger 90 ihren Bonner Koalitionspartner in die Bredouille. Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) muß Anfang dieser Woche in London über das Radarsystem für das umstrittene Flugzeug verhandeln, während sich die Freien Demokraten bereits auf ein Nein zum 100-Milliarden-Mark-Projekt festgelegt haben.

Die Verhandlungsposition des Bonner Verteidigungsministers in London ist schon schwierig genug. Die Briten beharren darauf, daß bei der Vergabe des lukrativen Elektronikgeschäfts ein Konsortium unter Führung des angeschlagenen britischen Unternehmens Ferranti zum Zuge kommt. Der Favorit der Hardthöhen-Militärs ist dagegen eine Firmengruppe unter Leitung der Daimler-Benz-Tochter Telefunken System Technik. Die Briten haben bereits wissen lassen, daß sie bei einem Scheitern des Radargeschäfts nicht bereit wären, rund 600 Leopard-2-Panzer unter bundesdeutscher Lizenz zu bauen.



Jäger 90 (Modell)

Noch vor kurzem hatte Stoltenberg gespottet, liberale Forderungen nach einem Ausstieg aus dem Projekt Jäger 90 sollten nur „Schlagzeilen machen". Tatsächlich hatte die FDP noch im Dezember 1989 Koalitionstreue bewiesen, als sie im Bundestag SPD-Anträge auf einen sofortigen Verzicht des Rüstungsvorhabens abblockte.

Ein möglicher Koalitionskrach mit der Union um den Jäger 90 schreckt die Liberalen nicht mehr, denn der Jäger 90 wird nach Ansicht von FDP-Vorstandsmitglied Jürgen Möllemann das sicherste Flugzeug der Bundeswehr sein: „Es wird niemals abheben."